

Rede von
Christian Lindner MdL, Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
auf dem außerordentlichen Landesparteitag
am 19. November 2016 in Neuss

bearbeitete Mitschrift

I.

Unser Landesverband hat seit wenigen Tagen eine neue Website. Und auch ich werde meine Website in Kürze relaunchen. Im Zuge dessen habe ich eine Reihe von älteren Interviews noch einmal durchgelesen, um zu überlegen, was ist aktuell, was kommt ins Archiv. Und in diesem Zusammenhang bin ich gestoßen auf ein Gespräch, das ich mit der Wochenzeit DIE ZEIT vor fünf oder sechs Jahren geführt habe. Der Journalist eröffnete damals das Gespräch mit der Frage: „Herr Lindner, wenn wir in die Welt schauen, dann ist doch heute das Problem gar nicht mehr der Mangel an Freiheit, sondern das Problem ist heute doch eher ein Zuviel an Freiheit und die millionenfache Anwendung der Freiheit. Und aus diesem Grund ist doch die historische Mission der Liberalen eigentlich erledigt, finden Sie nicht?“

Fünf, sechs Jahre später sehen wir eine Türkei auf dem Weg zu einer islamistischen Präsidialdiktatur, die die parlamentarische Demokratie und die Meinungsfreiheit einschränkt. Wir sehen in Europa, wie sich die Briten nach über 40 Jahren aus der Europäischen Gemeinschaft lösen wollen. Wir sehen Rechtspopulisten, die mit Parolen gegen Minderheiten Stimmung machen. Und wir haben in den Vereinigten Staaten gesehen, wie sich im Mutterland von Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtstaatlichkeit ein Bewerber durchsetzt, der ganz andere Töne angeschlagen hat. Das zeigt, nicht nur Meinungsforscher können sich irren, sondern auch Leitartikler. **Es gibt keine Gewissheit mehr, dass eine offene Gesellschaft, wirtschaftliche Freiheit, Rechtstaatlichkeit sich auf Dauer durchsetzen. Die Geschichte will offensichtlich, dass wir all dies neu begründen und all dies neu erringen.**

Das ist jetzt kein Grund für Untergangsszenarien. Auch kein Anlass für Pessimismus oder gar Kapitulation. Und auch Weinerlichkeit kann doch nicht die Antwort sein. Wenn Liberalität herausgefordert wird, dann darf doch nicht Defensive die Antwort sein. Im Gegenteil: **Jetzt darf niemand mehr teilnahmslos am Seitenrand stehen, jetzt ist ein Anlass gegeben, wieder Politik zu machen, Unterschiede zu zeigen und dem Land eine Wahl zu geben.**

Es ist doch auch alles andere als ein Automatismus, dass sich diese Wahl- beziehungsweise Abstimmungsergebnisse aus den USA und Großbritannien auch auf unsere Gesellschaft übertragen. Wir müssen uns einem solchen Trend doch nicht ergeben. Sondern man kann und muss gegen ihn an arbeiten: dadurch, dass man sich den Bürgerinnen und Bürgern auch

in den Diskussionen stellt, in den sozialen Medien wie im Straßenwahlkampf. Manche haben in den vergangenen Jahren zwar für Liberalität in der Gesellschaft geworben, aber bitte kein Freihandel, bitte keine wirtschaftliche Freiheit. Und andere waren zwar für Freihandel und für Deregulierung, aber gesellschaftliche Emanzipation und diese lästigen bürgerlichen Freiheitsrechte, die wollten sie nicht. Sonntags hat man den Rechtsstaat gepriesen und montags gegen seine Regeln verstoßen. So etwas bleibt nicht ohne Folgen. **Wenn man die Freiheit als Idee über Jahre und Jahre immer nur in halbierten Versionen vertritt, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Freiheit irgendwann auch klein gemacht ist.** Die autoritäre Herausforderung erteilt uns allen eine Lektion: **Freiheit gibt es nicht in Portionen, sondern nur ganz oder eben gar nicht.**

Die Große Koalition verkauft uns als Reaktion auf Trump noch eine andere Konsequenz: Nämlich jetzt müssten sich alle Demokraten sammeln und hinter einem gemeinsamen Kandidaten für das höchste Staatsamt versammeln. **Einerseits gut, dass diese unwürdige peinliche Taktiererei in der Großen Koalition endlich beendet ist. Aber es ist erbärmlich, dass die Union nicht einen eigenen Kandidaten hat aufstellen können für die Bundesversammlung.**

Jetzt wird an diesem Wochenende auch noch bekannt, dass Frau Merkel im Gespräch war mit Marianne Birthler. Um ein schwarz-grünes Signal zu senden. Da wirkt natürlich die staatspolitische Rhetorik wenig glaubwürdig, wenn man sich noch Stunden zuvor für Gespräche mit anderen Kandidaten getroffen hat, um doch noch ein Koalitions-Signal zu senden. Ich finde: es ist keine Schande, in die Bundesversammlung zu gehen und möglicherweise nicht gewählt zu werden. Johannes Rau, vorher Richard von Weizsäcker, Joachim Gauck sind beim ersten Mal nicht als Gewinner aus der Wahlversammlung herausgegangen. Sie sind nicht beschädigt worden. Das ist eine Gelegenheit, auch unterschiedliche politische Positionen, unterschiedliche Perspektiven aufs Land und unterschiedliche Persönlichkeiten zu zeigen. **Ein sportiver, fairer Wettbewerb um das größte, um das höchste Staatsamt – das hätte unserer politischer Kultur gut getan.**

Wir werden darüber beraten, wie die FDP in die Bundesversammlung hineingeht. Frank-Walter Steinmeier ist eine Persönlichkeit, die Respekt verdient. Wir erinnern uns, dass er ja auch zu den Architekten der Agenda 2010 gehört, die wesentlich zu Deutschlands gegenwärtiger Stärke beigetragen hat. Aber es gibt auch durchaus verstörende Äußerungen, über die man sprechen muss. Es war nicht professionell, als der Bundesaußenminister einen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten im laufenden Wahlkampf als Hassprediger bezeichnet, insbesondere, wenn der danach dann Präsident wird. Und auch manche Äußerungen in Bezug auf Russland müssen hinterfragt werden. Damit kein Zweifel besteht, wir Freie Demokraten sind in einer Tradition der deutschen Ostpolitik, die Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Willy Brandt und Egon Bahr unter die Überschrift „Wandel durch Annäherung“, aber eben „Wandel durch Annäherung“ gestellt haben. **Angesichts der Drohgebärden aus dem Kreml, angesichts des Rückzugs aus dem internationalen**

Strafgerichtshof und angesichts der Interventionen in den Wahlkampf westlicher Demokratien, darf ein deutsches Staatsoberhaupt deshalb nicht weiter die Linie „Annäherung ohne Wandel“ vertreten.

In den Vereinigten Staaten hat Herr Trump insbesondere die Mittelschichten mobilisiert, die sich nicht mehr verstanden gefühlt haben vom politischen Establishment. Daraus gilt es, eine Lehre für unser Land zu ziehen. Worum ging es in unserem Land in den vergangenen Wochen, vergangenen Monaten und letzten Jahren? Da ging es doch meistens um Ränder. Um Flüchtlinge auf der einen Seite, die natürlich unsere Solidarität verdienen. Und auf der anderen Seite geht es um die super, super Reichen. Also: Um Ränder geht es. Flüchtlinge oder Super-Reiche. Was aber ist mit denen, die nicht Geflüchtete sind, und die auch nicht super, super reich sind? Wo finden sich diese Dutzenden Millionen Menschen aus der Mitte der Gesellschaft eigentlich in der politischen Diskussion wieder? Wo wird über deren Themen gesprochen?

Die verfolgen, dass sich die Große Koalition über Monate mit einer Pkw-Maut beschäftigt, die mehr kostet als sie Einnahmen bringt – ausschließlich für die Gesichtswahrung einer bayerischen Regionalpartei. Die stellen fest, dass die Straßen, über die sie fahren, voll mit Schlaglöchern sind. Dann beobachten sie die Empörungsgeschwader in Berlin, die Sendezeit und Zeitungszeilen füllen, nur weil ein EU-Kommissar schlechte Scherze gemacht hat. In Nordrhein-Westfalen wundern sie sich über ein neues öffentliches Dienstrecht, das bei Beförderungen auch die schlechter qualifizierte Frau bevorzugt – und das dann plötzlich hunderte Beamte vor Inkrafttreten dieses Gesetzes noch schnell von den SPD-Ministern befördert werden. **Bei all dem fragen sich diese Menschen: was machen die da in der Politik eigentlich? Wo sind meine Alltagssorgen?** Ich fahre mit dem Auto über Schlaglöcher und habe Funklöcher in der Luft. Bringe ich den Fahrraddiebstahl zur Anzeige, sagt mir die Polizei, tut mir leid, nehmen wir gar nicht auf, können wir nicht weiterverfolgen. In der Schule stellen sie fest, dass die eigenen Kinder nicht mehr zur Toilette gehen, weil die Toilette in einem so schlechten Zustand ist. Und dann diese Debatten. **Unser Angebot an diese Menschen ist: wenn ihr die Politik ändern wollt, dann müsst ihr nicht gleich das ganze politische System wegfegen. Es gibt eine Wahl.**

II.

Ich möchte das gerne an drei Themenfeldern konkretisieren.

Erstens: Mitte befreien

Selbstbestimmt leben kann, wer einen sicheren Arbeitsplatz hat. Der seine Familie ernähren kann, der sich etwas aufbauen kann. Wirtschaftlich im Leben vorankommen zu wollen, das ist nichts wofür man sich schämen muss. Im Gegenteil: Dieser millionenfache Wunsch hat

Deutschlands Wohlstand überhaupt erst begründet. Ich habe in der vergangenen Woche die Bundeskanzlerin beim Arbeitgebertag erlebt – sie hatte vor mir dort gesprochen. Ich hatte dann eine Podiumsdiskussion mit dem Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir, nach uns kam dann Sigmar Gabriel. Also ich war beim Arbeitgebertag der einzige Oppositionspolitiker.

Ich konnte mir das also ganz befreit anhören. Und Frau Merkel hat unsere wirtschaftliche Stärke dort gerühmt, das Wachstum und die Rekordzahlen am Arbeitsmarkt: niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Und wer würde sich darüber nicht freuen? Der Vollständigkeit halber muss man aber hinzufügen, dass die Industrieproduktion in Deutschland in diesem Jahr massiv eingebrochen ist, dass wir nur noch unterhalb des europäischen Durchschnitts wachsen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit bereits deutlich zurückgegangen ist, dass sich also zeigt, dass Deutschland eben nicht unverwundbar ist. Wer dann den Eindruck erweckt, das könnte man einfach alles so weiter fortsetzen und wir müssten uns um die wirtschaftliche Stärke unseres Landes nicht kümmern, der hat bereits damit begonnen, genau diese wirtschaftliche Stärke aufs Spiel zu setzen. **Wir brauchen auch eine Politik für wirtschaftliches Wachstum und Prosperität.** Das wird bei uns so gern als gestrig belächelt, als aus der Zeit gefallen. Industrie als unmodern. **Aber wo sollen die Arbeitsplätze denn herkommen für Arbeitnehmer, wenn es nicht auch Arbeitgeber gibt, die gute Wettbewerbsbedingungen haben?** Und wie gehen wir mit denen um, die gute Arbeitsplätze anbieten?

Daimler, ein Spitzentechnologie-Unternehmen, mit vielen Zehntausend Arbeitsplätzen, wo jeder Monteur am Band nahezu Spitzensteuersatzzahler ist: Wie wurde Dieter Zetsche auf dem Grünen-Parteitag in der vergangenen Woche empfangen? Man wollte sich ja fast noch nicht einmal seine Argumente anhören. Wenn jetzt übrigens immer von „postfaktisch“ gesprochen wird – das ist doch nicht nur ein Alleinproblem der Rechtspopulisten oder der Parteien rechts der Mitte, so wie der Eindruck erweckt wird. Nur diejenigen, die sich gegen Immigration und offene Gesellschaften wenden würden, die seien postfaktisch. Entschuldigung, das erleben wir auf der anderen Seite doch genauso. Wenn man bestimmte Äußerungen vertritt, heißt es, das ist aber gefährlich, das ist gegen soziale Gerechtigkeit oder gegen den Klimaschutz. Diskussion erledigt. Interessiert keinen mehr, welche Fakten dahinter stehen. Das ist ein großes Problem unserer Demokratie, unseres politischen Gesprächs geworden.

Jetzt ganz aktuell, einmal muss man die Große Koalition loben, gibt es die Überlegung, eine Betriebsgesellschaft für die Autobahnen zu gründen, an der sich dann auch Private beteiligen können – mit einer Minderheitsbeteiligung. Das Bundesfernstraßen und Autobahnnetz bleibt natürlich in der öffentlichen Hand. In den Medien hieß es aber: Autobahnen sollen privatisiert werden. Nur die Überschrift, so verkürzt, und eine Woche später ist die Idee bereits tot – in der politischen Debatte klein gemacht worden, weil keiner sich mit den Fakten beschäftigen will. Die Linken schreiben bei Facebook, die Heuschrecken sollen die öffentliche Infrastruktur jetzt übernehmen. Wir wollen unsere Autobahn aber selbst auf

Verschleiß fahren. Die Rechten twittern: Deutsche Autobahnen verkaufen? Im Zweifel an ausländische Investoren? Wisst ihr, wer die Autobahn gebaut hat? **Ein Tweet oder eine Kachel bei Facebook ersetzt aber keine Diskussion über Fakten und über Hintergründe, über Motive.** Und wenn alle jetzt so nervös sind – ich habe keine abschließende Antwort darauf, wie unsere Gesellschaft insgesamt auf diese Shitstorm-Kultur und diese Postfaktizität reagiert. Da bin ich nicht eingeweiht in die Geheimnisse der Geschichte, wie man diese Tendenz wenden kann. Ich weiß aber, wie wir uns dazu aufstellen können. Wenn alle so nervös sind, und alle reflexhaft agieren, kaum einer mehr eine faktenbasierte Diskussion führen will, auch von unseren Mitbewerbern wir diese Aufregung beobachten, dann ist doch für uns eine große **Marktlücke, eben genau da nicht mitzumachen, sondern eine Partei zu sein, die sich Vernunft und Ernsthaftigkeit der Argumentation verschreibt.**

Ich habe die fragile wirtschaftliche Lage unseres Landes beschrieben. Das ist so etwas, wie der Lampedusa-Moment, den wir jetzt gerade haben. Seinerzeit hat man die Signale, die von Lampedusa ausgegangen sind, ignoriert. Und danach kam die Flüchtlingskrise. Jetzt sehen wir die Verschärfung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Neue Risiken kommen hinzu: Brexit und Trump. Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten. Also die Risiken wachsen. Und was macht die Große Koalition jetzt? Interview von Frau Nahles heute in der „FAZ“: Es wird die nächste große Rentenreform vorbereitet. Die letzte Rentenreform, die dem Wahlkampf 2013 geschuldet war, die ist noch nicht finanziert, da wird schon die nächste Milliarden-Rentendebatte geführt. Als ob wir es immer noch nicht verstanden haben. **Bevor es überhaupt neue soziale Leistungen oder Staatsaufgaben gibt, liebe Freundinnen und Freunde, müssen die alten erst einmal seriös finanziert sein. Sonst bekommt unser Land ein Problem. Die Verteilung des Wohlstandes ist eben nicht das letzte verbliebene politische Problem.** Sondern es geht auch darum, wieder den Blick zu schärfen, dass dieser Wohlstand im harten internationalen Wettbewerb überhaupt erst mal errungen werden muss. Erinnern wenigstens wir daran. **Es ist die Wirtschaft, die die Pflöcke einschlägt, an denen danach das soziale Netz aufgehängt wird.**

Und hier in Nordrhein-Westfalen bekommen wir einen Landesentwicklungsplan, der die Neuansiedlung von Unternehmen, übrigens auch die Schaffung von neuen Möglichkeiten, Wohnraum zu entwickeln, massiv behindert. Gerade übrigens in Ostwestfalen und in Südwestfalen, wo unser starker Mittelstand ist, der wachsen will. Da wird gesagt, nein, also hier eine Erweiterungsinvestition, bitte nicht. Wenn ihr euch erweitern wollt, wendet euch doch bitte an die Ruhr, da gibt's noch ein paar Industriebrachen. So funktioniert Wachstumspolitik aber nicht.

Und im Bund: statt die Energiewende endlich marktwirtschaftlich zu gestalten und unter Kontrolle zu bringen, bekommen wir einen Klimaschutzplan. Das größte und folgenschwerste Vorhaben der Bundesregierung der vergangenen Jahre. **Dieser Klimaschutzplan ist ökologisch sinnfrei, weil in Europa keine Tonne CO2 dadurch weniger ausgestoßen wird.** Aber wir setzen uns hohe Ziele, um anderen das Leben leichter zu

machen. **Er ist ein weiteres Beispiel dafür, wie unsere soziale Marktwirtschaft deformiert wird. Denn mit ihm plant die Bundesregierung am Reißbrett minutiös die Entwicklung von Branchen und Technologien bis 2050. Das hat sich noch nicht einmal die DDR zugetraut.**

Dieser Klimaschutzplan hat enorme Auswirkungen auf alle Lebens- und alle Wirtschaftsbereiche in unserem Land. Die Volksvertreter im Deutschen Bundestag konnten über dieses Billionen-Projekt aber noch nicht einmal debattieren, geschweige denn entscheiden. Damit wir uns nicht missverstehen: Der Klimaschutz, das ist ein Menschheitsprojekt, ohne Frage. Und wir bekennen uns auch zu den europäischen Klimaschutzziele. Auch das ist keine Frage, die sind nämlich für Deutschland schon ambitioniert genug, weil wir ja bekanntlich auch noch auf die Kernenergie verzichten. **Wenn die Menschen aber irgendwann merken, dass sie auf sichere Arbeitsplätze und auf Wohlstand verzichten müssen, weil wir es anderen leichter gemacht haben und uns schwerer, ohne dass es für das Weltklima einen positiven Effekt hat, dann könnten die Menschen sich wie in den Vereinigten Staaten gleich ganz vom Klimaschutz verabschieden wollen.** Deshalb brauchen wir Vernunft und Verhältnismäßigkeit in dieser Frage, eben nicht postfaktisch, sondern über die Fakten sprechen. Wir sind keine Klimawandelleugner und wir sind auch für Klimaschutz, aber **es muss eben noch mit Vernunft und dem Blick auf die sozialen Folgen agiert werden. Denn niemand wird uns Deutschen folgen als Vorbild, wenn wir zeigen, dass die ökologische Modernisierung einer Gesellschaft eben voll zulasten der Aufstiegschancen der Menschen geht.** Deshalb müssen wir es anders, müssen wir es besser machen.

Überall auf der Welt wird jetzt über die Einkommens- und Vermögensverteilung gesprochen. Dieser Debatte verschließen wir uns nicht. Dass es Ungleichheit gibt, das ist nicht per se falsch. Das müssen gerade wir als Freie Demokraten sagen. **Fleiß und Talent und Risikobereitschaft, die müssen einen Unterschied machen dürfen.** Weil sonst jeder Anreiz verloren geht, mehr als die Pflicht zu tun und sich über die eigene Pflicht hinaus auch anzustrengen. Wenn Menschen jedoch das Gefühl gewinnen, dass Fleiß und Talent und Risikobereitschaft keinen Unterschied mehr machen, dass sie sich anstrengen und sparsam sind und trotzdem den Lebensstandard ihrer eigenen Eltern nicht erreichen können, dann gibt es ein Akzeptanzproblem. Natürlich setzen Digitalisierung und globaler Wettbewerb alle unter Veränderungsdruck. Wenn aber die Sozialbeiträge bei uns über 40 Prozent steigen, wenn die kalte Progression einer Familie mit einem normalen Einkommen, jährlich 700 Euro nimmt, wenn der Solidaritätszuschlag verlängert wird, wenn es keine Zinsen gibt, wenn die Grundsteuer steigt, die EEG-Umlage auch, dann zeigt sich doch, es ist hierzulande nicht die Digitalisierung, es ist hierzulande nicht der Kapitalismus, die den Menschen Aufstiegschancen nehmen. **Bei uns ist es ein maßlos gewordener Staat, liebe Freundinnen und Freunde, der den Menschen die Möglichkeit nimmt, etwas im Leben für sich zu erreichen.**

Bis Ende des Jahrzehnts wird der Gesamtstaat in Deutschland 100 Milliarden Euro zusätzliche Gelder von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern einnehmen. Wir werden

Zeugen einer **historisch einmaligen Umverteilung zwischen Privat und Staat**. Eben auch über den Niedrigzins, auch über die Steuer, über die finanzpolitische Untätigkeit. **Und deshalb wollen wir an den Solidaritätszuschlag ran, deshalb wollen wir an die kalte Progression ran, deshalb wollen wir an die Stromsteuer heran, weil wir wieder eine faire Balance herstellen müssen**, zwischen den Bürgern auf der einen Seite und dem Staat auf der anderen Seite. Der hat nicht mehr Rechte als die Bürgerinnen und Bürger.

Und selbstverständlich ändert sich auch der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren – auch das verkennen wir nicht. **Der erfordert mehr Flexibilität. Er ermöglicht aber auch mehr Flexibilität.** Wir haben in Deutschland aber Regelungen, die aus der Zeit gefallen sind. Wer von den qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die vor allen Dingen selbstbestimmt und kreativ arbeiten, fühlt sich noch geschützt durch die Mindestruhezeit des Arbeitszeitgesetzes? Das dafür sorgt, dass – wenn du abends um neun oder zehn noch die E-Mails bearbeitest, die du am Nachmittag nicht beantwortet hast, weil du dich mit den Kindern beschäftigt hast – du am nächsten Tag nicht ins Büro kannst. Oder auf der anderen Seite: Ab dem 1.1.2017 wird durch die Regelung bei den Werkverträgen die sogenannte Scheinselbstständigkeit massiv angegangen, massiv bekämpft. Und Frau Nahles dachte wohl, ihr fliegen jetzt Blumensträuße zu, dass sie endlich die Menschen schützt vor dieser schlimmen Scheinselbstständigkeit durch Werkverträge. Jeden Tag bekomme ich E-Mails, wo Freelancer, wo Selbstständige IT-Berater sagen, wir wissen nicht, was wir ab dem 1.1.2017 machen sollen, denn wir sind selbstständig, wir wollen auch selbstständig sein und selbstbestimmt arbeiten. Aber wir haben gegenwärtig eben nur einen einzigen Arbeitgeber und jetzt werden wir gezwungen, in ein Arbeitsverhältnis, das wir nicht wollen. Liebe Freundinnen und Freunde, **natürlich ändert sich der Arbeitsmarkt. Also muss sich auch der Sozialstaat verändern. Er muss zum Beispiel dafür sorgen, dass Soloselbstständige bei einer Flaute nicht ins Bodenlose fallen, sondern dass sie eine Unterstützung erfahren wie zum Beispiel durch unser Bürgergeld in diesen schwierigen Phasen.** Aber wir wollen **keinen Sozialstaat, der den Menschen die Flexibilität nimmt**, denn nicht jede Regel, die gedacht ist zum Schutz von Menschen, hilft ihnen wirklich. Oft genug handelt es sich um einen Käfig, in den die Menschen eingesperrt werden.

Eine ganz Große Koalition hat jetzt eine **neue Erbschaftsteuer beschlossen, die ist genauso teuer, genauso unsicher, genauso bürokratisch wie die alte.** Jetzt wird auch über die Vermögenssteuer wieder gesprochen, für die super, super Reichen. Wer ist davon betroffen? Wenn super, super reich gesagt wird, haben ja alle den Eindruck, sie seien nicht betroffen davon. Das sind dann immer irgendwelche abstrakten anderen, die zufällig nie im Raum sind. Da wird dann der Eindruck erweckt, da geht's ja nur um Juwelen und Yachten. Tatsächlich ist es aber der deutsche Mittelstand, der da betroffen ist. Ich muss dazu gar nicht viel mehr sagen. Winfried Kretschmann hat das auf dem Grünen Parteitag ja alles ausgeführt. Das ist der Mittelstand mit seinem Betriebsvermögen, mit den Arbeitsplätzen – Millionen Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen, die da dranhängen. Und jetzt kommen Erbschaftsteuer und Vermögenssteuer und schwächen diesen Mittelstand gerade in der Zeit

dieses fundamentalen wirtschaftlichen Wandels, in dem wir sind. So eine Politik muss man machen, wenn man unsere traditionelle Stärke, nämlich den Mittelstand, den chinesischen Staatsfonds als Investition empfehlen will. Das Gerechtigkeitsproblem, das wir haben, über das man auch debattieren kann, das hat doch nichts zu tun mit dem traditionsreichen Handwerksbetrieb hier um die Ecke. Das hat noch nicht einmal etwas zu tun mit Milliarden-Familienbetrieben wie den Miele's dieser Welt. **Das Gerechtigkeitsproblem, das wir haben, das hat etwas zu tun mit den Apples, Starbucks und Ikeas dieser Welt und um die muss man sich kümmern statt unseren deutschen Mittelstand zu schwächen.**

Man kann die Vermögensverteilung ja auf zwei Arten versuchen, fairer zu gestalten. Die eine Art habe ich gerade beschrieben: man nimmt den einen was weg. Wie wäre mal ein neues Denken? **Man könnte doch auch mal darüber nachdenken, wie schaffen wir es, dass andere sich ein Vermögen, mindestens bescheidenen Wohlstand aufbauen können.** Das macht die Vermögensverteilung in unserem Land auch fairer. Erinnern wir uns an Frankreich, wie gut das erste Konzept – den einen was wegnehmen funktioniert – hat. Den einen nehme ich was weg und pumpe das Geld in die Staatsmaschinerie. Viel besser ist es, dafür zu sorgen, dass Menschen in der Mitte der Gesellschaft weniger hohe Hürden haben, um sich selbst etwas aufzubauen. **Sozial ist nicht, dem einen was wegzunehmen. Wirklich fair ist es, dafür zu sorgen, dass fleißige Menschen am Ende ihres Lebens auch über einen Wohlstand verfügen können.**

Lassen Sie uns hier in Nordrhein-Westfalen damit anfangen. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Grunderwerbsteuer bei uns nahezu verdoppelt. Von den günstigen Zinsen kann eine junge Familie nahezu nicht profitieren. Die kriegen gar nicht das notwendige Eigenkapital zusammen, um eine Immobilie zu finanzieren. Vom Immobilien-Boom profitieren nur die, die schon was haben, die über Eigenkapital verfügen, investieren können. Die, die kein Eigenkapital haben, die nicht erben können, die haben ein Problem. Die bleiben außen vor. Und dann wird denen oben drauf die Grunderwerbsteuer noch immer weiter erhöht, wo die ohnehin über Jahrzehnte zu tun haben werden mit der Finanzierung ihres Eigenheims. **Und deshalb schlagen wir vor: einen Freibetrag von 500.000 Euro für die selbstgenutzte Immobilie, denn das mietfreie Wohnen ist auch die beste Versicherung gegen Altersarmut.**

Zweitens: Zukunft anpacken

Liebe Freunde, die Eltern in NRW sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder. Und Schülerinnen und Schüler sowie die Studentinnen und Studenten sehen auch, wie der Zustand unserer Bildungseinrichtungen in unserem Land ist. Und fragen nach der Prioritätensetzung der Politik. Ich war in der vergangenen Woche an der Universität zu Köln bei einer Veranstaltung unserer dortigen LHG. Der Hörsaal, 600 Personen können dort rein, war überfüllt, die Leute saßen auf den Mittelgängen. Ich habe mit denen gesprochen. Seit 2010 hat sich dort die Betreuungsrelation massiv verschlechtert. Vor fünf Jahren kamen an dieser Hochschule

beispielsweise auf einen Professor noch 86 Studierende. Heute auf einen Professor 99 Studierende. Natürlich leidet darunter die Qualität. Übrigens insbesondere die Förderung der Studierenden, die vielleicht nicht schon aus einem Akademiker-Haushalt kommen, die noch eine besondere Unterstützung brauchen. Und womit beschäftigt sich unsere Wissenschaftsministerin? **Statt der Qualität der Lehre Priorität zu geben, wird als ihr politisches Vermächtnis in Erinnerung bleiben, dass sie die Studentenwerke für viel Geld in Studierendenwerke umbenannt hat. Und das ist für die Studierenden ein Skandal.** Man fragt sich auch, wie kommt man auf eine solche Idee? Nicht jede innere Stimme ist eine göttliche Eingebung. Das kann man bei Frau Schulze beobachten.

Wir bekommen jeden Tag in der Landtagsfraktion Briefe von Eltern, Lehrern und Schüler, die sich über die Situation an unseren Schulen beklagen. Standards wurden abgesenkt, Flüchtlingskinder werden jetzt direkt in die Regelklassen geschickt. Immer weniger Kinder erreichen in Nordrhein-Westfalen überhaupt das unterste Kompetenzniveau. Digitale Bildung findet nicht statt. Bei der Inklusion wurde aus einer im Prinzip ja sehr guten Idee eine Ideologie gemacht zulasten behinderter Kinder und Jugendlicher. An den Gymnasien kann nicht einmal mehr der gesetzlich vorgeschriebene Unterricht flächendeckend erteilt werden. Die Berufsschulen sind geschwächt worden durch den Abbau von 500 Lehrerstellen, obwohl unser duales System weltweit geachtet ist und durch die Flüchtlinge die Aufgaben da nicht kleiner werden. Die Kommunen wurden über Jahre mit baufälligen Schulgebäuden alleingelassen und auf den letzten Metern kommt jetzt ein Progrämmchen auf Pump. Ich wiederhole mich, ich muss es aber noch einmal sagen: **die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen ist wie der Blick in einen Altglascontainer: ein großer grüner Scherbenhaufen.**

Inzwischen hält man das ja für Folklore, aber es ist die Wahrheit: Immer noch bekomme ich E-Mails oder Briefe von Müttern oder Vätern, die sagen, sie seien eingeladen worden in die Grundschule zu einem wunderbaren gruppenspezifischen Event – nämlich gemeinsam die Renovierung des Klassenraums voranzutreiben. Freundlich gesagt. Aber das ist doch nicht die Aufgabe der Eltern, dafür zu sorgen, dass die Schulgebäude in einem guten Zustand sind. Das ist Aufgabe von Land und Kommunen. **Die Aufgabe der Eltern ist nicht, die Wände zu streichen. Die Aufgabe der Eltern ist, ihre Kinder so zu erziehen, dass sie die Wände nicht beschmieren.** Das ist die Aufgabenteilung, die wir brauchen.

Deshalb, liebe Freunde, brauchen wir da einen Wechsel. NRW hat die Wahl. Entscheidend sind nicht, welche Projekte Frau Löhrmann wichtig sind, **entscheidend ist, was für die Schülerinnen und Schüler richtig ist. Und das ist qualitativere Unterricht und dass er überhaupt stattfindet.** Nach der Landtagswahl darf diese Ministerin keine Verantwortung mehr für unser nordrhein-westfälisches Schulwesen tragen.

Dann wird es auch möglich sein, die jahrelange Diskriminierung einzelner Schulformen zu beenden. Der auch von der CDU mitgetragene Schulkonsens ist doch nichts anderes gewesen als ein Trojanisches Pferd. Und in seinem Inneren sind die Pläne zur Einführung

einer Einheitsschule versteckt. **Wir wollen keine Privilegien für einzelne Schulformen, aber die gleichen fairen Rahmenbedingungen eben an allen Schulformen, inklusive des Gymnasiums.** Die Klage der Eltern über G8 hat in Wahrheit nämlich nichts zu tun mit der Verkürzung des Bildungsgangs dort; die Klage über G8 verdankt sich insbesondere der jahrelangen Vernachlässigung der Förderbedingungen dort. Wir wollen deshalb das Gymnasium so stärken, dass es vor Ort keine Debatte mehr über die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs gibt. Wir wollen keinen Roll-back zu G9. **Wir wollen die Gymnasien so stärken, dass vor Ort darüber entschieden werden kann, aber dass keine Schule aus Not gezwungen ist, davon auch tatsächlich Gebrauch zu machen,** liebe Freundinnen und Freunde.

Rot-Grün wollte kein Kind zurücklassen, aber nach sieben Jahren sehen wir, durch die immer stärkere Vereinheitlichung der Schullandschaft und die Nivellierung von Leistung erreichen wir dieses Ziel eben nicht. Jetzt ist Zeit für neues Denken. Und das ist der Hintergrund unserer Forderung, genau an den Stellen mit besonderen sozialen Problemen 30 naturwissenschaftlich-technische Elitegymnasien zu gründen, mit bester Ausstattung und modernster Didaktik. Damit von dort ein Impuls in die ganze Schullandschaft ausgeht, weil sonst dauert es 30 Jahre, ein Bildungssystem zu verändern. **Wir wollen von dort einen Impuls in die gesamte Schullandschaft aussenden und zeigen, welche neuen Methoden es gibt. Wir möchten, dass nicht länger Eltern aus diesen Stadtteilen mit ihren Kindern fliehen wollen, sondern dass sie mit ihren Kindern genau an diese Schulen, in diese Stadtteile kommen wollen.** Wir wollen dahin zurückkehren, Freude an besonderen Leistungen zu wecken, junge Menschen dazu zu motivieren und zu fördern, ihre Grenzen weiter zu stecken. **Gerade dort, wo die sozialen Probleme besonders groß sind, liebe Freunde, muss auch die Anerkennung für besondere Leistung besonders hoch sein. Dann funktioniert das mit der Integration.**

Das alles kostet Geld in Zeiten, in denen die Kommunen klamm sind und in denen das Land, die Länder alle eine Schuldenbremse einzuhalten haben. Wir werden an vielen Stellen sparen müssen. Auch hier im Landeshaushalt, um überhaupt diese verfassungsrechtliche Vorgabe einzuhalten bis Ende des Jahrzehnts. Und dann leistet sich dieses Land auch noch Kompetenzstreitigkeiten im Bildungsföderalismus. **Kann man das eigentlich den Menschen noch erklären, dass der Bund zwar Schulen in Botswana und Benin sanieren darf, aber nicht in Bottrop und Bielefeld? Es ist längst Zeit, dass wir auch bei unserem Bildungsföderalismus wieder mit gesundem Menschenverstand an die Fragen herangehen.**

Die Digitalisierung ändert alles und ermöglicht so viel: sogar hier in Nordrhein-Westfalen ist es jetzt möglich, einen BAföG-Antrag online zu stellen. Leider braucht man dafür einen neuen Personalausweis inklusive dem 50 Euro teuren Lesegerät. Deshalb haben die Studierenden das nicht. Die füllen also den Antrag online aus. Drucken ihn aus. Stecken ihn in ein Kuvert, senden ihn zum Amt. Dort wird das Kuvert geöffnet. Ein Sacharbeiter entfaltet den Antrag. Und beginnt, ihn dann von Hand in die Software einzutippen. **Nordrhein-**

Westfalen schafft es sogar noch, die Digitalisierung zu einem Problem der Effizienz zu machen, wo andere in ihr eine Möglichkeit sehen, die Produktivität zu erhöhen.

Liebe Freundinnen und Freunde, Nordrhein-Westfalen sollte das modernste Land beim Einsatz digitaler Medien auch in der öffentlichen Verwaltung sein. **Nordrhein-Westfalen muss auch den Ehrgeiz haben, bei der digitalen Infrastruktur ganz vorne mitzuspielen.** Aber genau das passiert eben nicht. Die Fördermittel des Bundes für die Digitalisierung, fließen weitgehend an Nordrhein-Westfalen vorbei. Schlimm genug, dass das der Fall ist. Noch bemerkenswerter ist aber, dass das nicht eben so passiert, sondern dass das sogar politisch intendiert ist; da sagt nämlich zum Beispiel ein Staatssekretär, ein parlamentarischer Staatssekretär, der den Grünen angehört, Zitat: „Das haben wir ganz bewusst gemacht, damit wir nicht über dem Bund liegen, sondern genau die gleichen Zielwerte wie der Bund haben.“ Besser kann man Ambitionslosigkeit nicht ausdrücken, liebe Freundinnen und Freunde.

Dann wird man auch beim Wachstum nicht oberhalb des Bundes liegen. Und Deutschland insgesamt ist ja gar nicht auf der Höhe der Zeit. Bei uns haben ein Prozent der Haushalt Glasfaseranschluss. In Schweden sind es 40 Prozent. Beim weiteren Ausbau der Netze setzt Deutschland stattdessen jetzt auf die Kupferkabeltechnologie. Unsere mittlere Anschlussgeschwindigkeit liegt auf Höhe von Rumänien. Und trotzdem bewegen wir uns nur in ganz langsamen Schritten, nur ganz wenige und unzureichende Fördermittel des Bundes werden bereitgestellt und ein einzelnes Unternehmen wird – wie wir ja auch schon mal besprochen haben – jetzt zum Monopolanbieter auf der letzten Meile zu Ihnen und euch nach Hause. **Warum hat der Staat eigentlich noch eine Beteiligung an der Deutschen Post AG, frage ich mich; die ist zehn Milliarden Euro wert. Und auf der anderen Seite fehlt uns das Geld, um bei der digitalen Infrastruktur wirklich auf Weltstandard vorzustoßen. Wie wäre es, wir verkaufen die Beteiligung an der Deutschen Post AG und investieren das Geld zielgerichtet in Glasfaserinfrastruktur zum Beispiel im ländlichen Raum.**

Ich war jetzt neulich beim Wirtschaftsrat der CDU eingeladen. Zu einer Podiumsdiskussion mit Alexander Dobrindt – die wollten auch mal einen Marktwirtschaftler zu Gast haben. Und dann sagte der Alexander Dobrindt: „Christian, so kenne ich dich gar nicht – du bist ja ein Schwarzmalerei. Das ist doch alles nur Oppositionsrhetorik, was du da machst. So ist die Lage doch gar nicht. In Wahrheit steht Deutschland doch auf Platz 10 im europäischen Vergleich“. Der hat das für eine gute Nachricht gehalten. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir uns bei der digitalen Infrastruktur mit Platz 10 oder Platz 9 oder meinetwegen in ein paar Jahren mit Platz 8 zufriedengeben, dann werden wir im nächsten Jahrzehnt auch nur noch Platz 10, Platz 9 oder Platz 8 beim Lebensstandard sein. **Ganz vorne müssen wir mitspielen, wenn wir unseren Wohlstand behaupten wollen.**

Drittens: Rechtsstaat stärken

Ich will noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Nicht erst seit der Silvesternacht gibt es in NRW dieses Gefühl der Unsicherheit. Wir alle kennen doch solche Fälle: Da wird eingebrochen. Da werden Dinge gestohlen. Und dann findet man die später bei Ebay. Dann geht man zur Polizei. Und dann sagt der Polizeibeamte: Das kann ich leider nur zur Akte nehmen, aber wir haben nicht die Möglichkeit, dem im Einzelnen nachzugehen. Durch sowas entsteht bei den Menschen ein Gefühl der Ohnmacht und der Machtlosigkeit des Rechtsstaats. **Mir haben Leute geschrieben aus einer nordrhein-westfälischen Großstadt, dass dort Polizei und Schulen vor einem bestimmten Schulweg warnen, weil sie dort nicht in der Lage seien, die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Wenn das die Antwort des Staates ist, dann werden die Bürgerinnen und Bürger irgendwann auf die Barrikaden gehen,** liebe Freundinnen und Freunde.

Und was beobachten die Leute dann mit dieser Alltags Sorge konfrontiert? Die sehen dann ein BND-Gesetz, das neu verabschiedet wird – wo alles und jedes an Überwachung im Nachhinein legalisiert wird, ohne klare parlamentarische Kontrolle. Unsere Bundesdatenschutzbeauftragte hat unlängst gerügt, wie auch mit unseren bürgerlichen Freiheiten als deutsche Staatsbürger beim Nachrichtendienst umgegangen wird. Dafür hat sie ihr jahrelanges Schweigen sogar einmal gebrochen. Und was passiert? Es wird trotzdem ein Gesetz gemacht, trotz aller Verfassungsbedenken durch das Parlament gepeitscht. Wo wir in das Visier der Behörden geraten – viele andere Maßnahmen könnte ich hier nennen. **Unbescholtene Bürgerinnen und Bürger werden drangsalieren und kriminalisiert, wenn sie mit dem Polo durch die Innenstadt fahren, da ist man Staatsfeind Nummer eins während des Blitzmarathons.** Das ist das Gefühl, das die Leute haben. **Symboldebatten, Ausspähung, Drangsalierung, Misstrauen des Staates gegenüber ihnen und auf der anderen Seite hat man den Eindruck, die organisierten Kriminellen und echten Gefährder, denen eilt der Staat eben nicht nach. Und diese Prioritätensetzung muss sich ändern durch gut ausgestattete Polizei statt durch Symboldebatten.**

Und wie reagieren wir drauf, wenn jetzt dieser Tage Polizeibeamte im Einsatz angegriffen werden?! Das kann sich der Staat doch nicht bieten lassen. **Wenn Polizeibeamte im Einsatz angegriffen werden, dann wird das Gewaltmonopol des Staates infrage gestellt und da darf es keinerlei Toleranz geben. Dann muss das auch bestraft werden.**

Es ist befremdlich in diesem Zusammenhang, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Frau Özoğuz, mehr Augenmaß selbst im Umgang mit Salafisten gefordert hat. Im Gegenteil war der nordrhein-westfälische Innenminister Jäger doch zu zögerlich, wir haben über Monate – Joachim Stamp hat diese Initiativen vor Monaten bereits in den Landtag eingebracht – vor dem besonderen Gewalt- und Gefahrenpotenzial dort gewarnt. Auf unsere Initiative hin hatte der Landtag dann beschlossen, die Initiative zu verbieten. Der Verein „Die wahre Religion“ wurde jetzt ja auch verboten und liebe Freundinnen und

Freunde, nun darf Herr Jäger nicht zu viel Augenmaß haben, nicht zu viel Nachsicht haben, die Nachfolgeorganisationen der „wahren Religion“ auf regionaler Ebene – die müssen jetzt ins Visier des Verfassungsschutzes genommen werden und gegebenenfalls sind auch die zu verbieten – weil wir das nicht tolerieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **der liberale Rechtsstaat muss wehrhaft gegenüber denen sein, die seine Freiheit missbrauchen wollen, um ihn zu bekämpfen. Das ist auch die Lehre aus unserer Geschichte, egal, wer ihn bedroht, der Rechtsstaat muss handlungsfähig sein.** Frau Özoğuz übrigens ist ja nicht zum ersten Mal mit dieser Äußerung aufgefallen – sie hat sich ja in der jüngsten Vergangenheit auch gegen ein generelles Verbot von Kinderehen ausgesprochen. Und sie hat die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages kritisiert. Frau Özoğuz ist die falsche Frau in diesem Amt. Liebe Freundinnen und Freunde, **Deutschland braucht eine Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, die in unseren Rechtsstaat einlädt und die unseren Rechtsstaat verteidigt, aber keine Politikerin, die Zweifel in unseren Rechtsstaat setzt.**

Die Migrationswelle des vergangenen Jahres hat unser Land und unsere politische Kultur verändert. Da kann es ja überhaupt gar keinen Zweifel dran geben. Das vergangene Jahr hat zugleich das Beste, aber auch das Schlechteste in Deutschland hervorgebracht. Auf der einen Seite eine bemerkenswerte Solidarität, Eigeninitiative, Akte der Mitmenschlichkeit vor Ort, große Spendenbereitschaft. Aber auf der anderen Seite eben auch Fremdenfeindlichkeit, Ängstlichkeit, der Wunsch nach Abschottung. Aber auch die Gutwilligen hat es doch befremdet, als im vergangenen Jahr wir alle Zeugen von Chaos und Regellosigkeit geworden sind. Jetzt haben gerade schon wieder Richter bestehende Asylverfahren aufgehoben, weil bei uns keine richtige Rechtssicherheit in bestimmten Fragen besteht. Die Verfahren dauern auch unverändert noch zu lang. Wir wollen unser Land nicht abschotten. Wir wissen auch, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wir haben humanitäre Verpflichtungen. Wir haben auch ein Interesse daran, qualifizierte Menschen in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren, gerade in Zukunft wird das eine der ganz entscheidenden kritischen Fragen der Entwicklung unseres Landes sein. **Aber gerade weil Deutschland ein Einwanderungsland ist und das vergangene Jahr möglicherweise nicht als Episode in die Geschichte eingeht, braucht unser Land doch jetzt endlich auch ein Einwanderungsgesetz.**

Und ich frage mich, was muss noch passieren, damit das auch in der CDU-Parteizentrale erkannt wird. Ein klares Einwanderungsrecht, das wieder Regeln setzt, das den Zuzug nach Deutschland nicht dem Zufall überlässt. **Denn eine Gesellschaft darf, eine Gesellschaft kann, eine Gesellschaft muss die Kontrolle darüber haben, wer kommt und wer bleiben darf,** liebe Freundinnen und Freunde. Und das allein würde schon zur Beruhigung bei uns beitragen, denn manches Problem, manche Kosten, über die kann man doch hinwegsehen, wenn man weiß, es ist ein geordnetes Verfahren, es gibt eine Perspektive. Und vielleicht sind bestimmte Dinge auch nur auf Zeit zu erdulden, weil dereinst auch eine Rückkehr in die alte Heimat ansteht.

Liebe Freunde, unsere europäische Einigung, auch das haben wir gesehen, ist in diesen Tagen nicht selbstverständlich. Das ist die Lehre aus dem Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union. Und sicher ist Europa auch kein schon vollkommenes Projekt, wo alles zum Besten stünde. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass es jetzt zerstört wird, teils aus niedrigen Motiven, nämlich ausschließlich, um parteipolitisches Kapital daraus zu schlagen. Mit mancher Kritik schlägt man kaputt, was man danach niemals wieder reparieren kann. Der große Satz von Guido Westerwelle hat für uns weiter eine Bedeutung: **Europa hat nicht nur einen Preis, Europa hat eben auch einen Wert.**

Es ist aber auch eine Zeit des Nachdenkens erforderlich, dass nach dem Brexit wieder reflexhaft gesagt wurde, jetzt sei ja die Zeit gekommen zu mehr Vertiefung. Mehr Erweiterung, mehr Zentralität, halte ich für den falschen Schluss. Das war zu schnell von Herrn Schulz und anderen. **Die Wahrheit ist doch, wir brauchen ein Europa, das bei seinen großen Aufgaben handlungsfähig ist.** Alexander Graf Lambsdorff hat in einem Interview heute **ein europäisches FBI gefordert, um auch auf organisierte grenzüberschreitende Kriminalität reagieren zu können.** Aber wir brauchen auf der anderen Seite kein Europa, das die Schulmilch in Europa einheitlich regeln will. Das ist eben der Unterschied, liebe Freunde. Es gibt eine Wahl: Man muss nicht für oder gegen Europa sein allein, sondern es gibt auch einen Unterschied zwischen einem vereinten Europa, für das wir stehen, und zu einem vereinheitlichten Europa, das die Unterschiede, die unseren Kontinent doch so lebendig machen, einebnen will. **Wir wollen ein vereintes, aber kein vereinheitlichtes Europa.**

Und **wir wollen dieses Europa, weil es eine Rechts- und Wertegemeinschaft ist.** Dieser **Appell klingt aber hohl, wenn jeden Tag dieses Recht gebrochen wird und Europa gegen die eigenen Regeln verstößt.** Wie in der Währungspolitik. 2002 haben Schröder und Chirac als erste den Stabilitätspakt gebrochen. Und von da aus kam dann die Staatsschuldenkrise der Jahre 2008 und dann zugespitzt nach 2010. Wir haben auch nach schweren internen Debatten mitgeholfen, in einer Ausnahmesituation hier für Hilfe zu sorgen, die Währungsunion zusammenzuhalten. Und die alten Regeln wollten wir wiederherstellen. In diesem Jahr aber machen Portugal und Spanien wiederum mehr Defizit, als sie nach dem Stabilitätspakt dürften. Und was passiert? **Es ist Deutschland, nämlich namentlich Wolfgang Schäuble, der dafür sorgt, dass diese Länder keine Sanktionen erfahren. Begründung: Da ist ja Wahlkampf. Damit macht man auch Opportunismus zu einem Kriterium der europäischen Verträge,** liebe Freundinnen und Freunde.

Und darüber gab es noch nicht einmal eine Debatte im Deutschen Bundestag, weil offensichtlich alle einer Meinung sind. Die Situation in der Währungsunion ist jetzt mindestens so kritisch wie im Jahr 2010, gerade auch wegen der sich voraussichtlich verändernden Zinspolitik in den Vereinigten Staaten. Griechenland und Italien machen keine Reformen, das müssen wir jetzt anerkennen. Sie wollen es auch nicht, Herr Tsipras spricht das aus, und Herr Renzi sagt, er orientiere sich an Herrn Tsipras. In Wahrheit führen die uns vor. Im letzten Jahr wollten die Finanzminister die Hilfen für Griechenland beenden. Die

Euro-Finanzminister hatten entschieden: kein neues Hilfsprogramm für Griechenland, weil der internationale Währungsfonds ebenfalls nicht im Boot ist. Dann hat die Regierung Merkel im Deutschen Bundestag gesagt, sie habe dafür gesorgt, dass es doch dieses Programm gibt, denn der IWF werde schon dazukommen, das werde schon alles gut gehen. Jetzt sind anderthalb Jahre später, es ist nichts davon zu sehen, dass der Internationale Währungsfonds sich beteiligt. Die Regierung Merkel hat den Deutschen Bundestag getäuscht, liebe Freundinnen und Freunde, und zwar vorsätzlich. **Wir wollen den Euro als Währung, und wir wollen Europa als Rechts- und Wertgemeinschaft. Dann muss man sich an dieses Recht aber auch halten. Wir brauchen keine Regierung, die bei Portugal und Spanien dafür sorgt, dass die die Regeln beugen können. Wir brauchen eine Regierung, die bei der EZB dafür sorgt, dass die Zinsen wieder Normalmaß bekommen und die Anleihe-Ankaufpolitik endlich beendet wird – also Marktwirtschaft wieder durchgesetzt wird.**

Wir haben uns damals nach 2010 auf einen schwierigen Weg gemacht. Ich würde jede Entscheidung, die wir damals im Deutschen Bundestag getroffen haben, genauso auch wieder treffen. Es hat ja auch Fortschritte gegeben. Nach 2013 aber ist diese Politik verlassen worden. Es kam dann die Politik der EZB dazu, die Politik des niedrigen Zinses. Und jetzt, **mit dieser Politik von Herrn Draghi, haben wir mehr Schulden und weniger Reformen als vorher. Deshalb muss diese Politik beendet werden.** Wir wollen das Vertrauen in den Rechtsstaat und in die Währungsunion wiederherstellen und **deshalb würde eine FDP im Deutschen Bundestag keiner weiteren Verletzung europäischer Verträge zustimmen.**

Es muss jeder wissen: Da könnten dann auf Deutschland – ich will das hier nicht im Einzelnen ausführen – schwierige Zeiten zukommen. Wenn die wirtschaftliche Lage in der Währungsunion sich verschärft und Deutschland einigermaßen stabil ist, will ich nicht ausschließen, dass sich die Debatte, die wir in Deutschland führen, umkehrt. Bei uns sagen ja manche, diesen und jenen wollten sie aus dem Euro rausschmeißen. Wer weiß, vielleicht gibt es ja irgendwann eine Debatte darüber, dass die anderen Euro-Staaten sagen, Deutschland stört, weil es zu stabil und zu stark ist. Und was uns dann blühen könnte, das sieht man an der Schweiz und der massiven Aufwertung des Franken dort. Ich wünsche mir dieses Szenario nicht, ich frage mich aber, wer über ein solches Szenario innerhalb der Bundesregierung überhaupt nachdenkt und dieses Risiko in den Blick nimmt. Wenn wir weiter schlafwandlerisch in der Finanz- und Währungspolitik agieren, liebe Freundinnen und Freunde, dann könnte es am Ende dieses Jahrzehnts ein böses Erwachen für Deutschland geben.

III.

Liebe Freundinnen und Freunde, an diesem Wochenende entscheiden wir über Programm und Personal für die Landtags- und die Bundestagswahl. Und das sind Entscheidungen, die wir hier treffen, die sind nicht nur für das nächste Jahr wichtig. Was Ihr, was Sie dieses

Wochenende entscheiden, das prägt auch die nächste Kommunalwahl, das prägt auch die nächste Bundestagswahl, 2021 voraussichtlich, das prägt auch die nächste Landtagswahl, 2022 voraussichtlich. Weil hier werden jetzt Mannschaften für Bund und Land aufgestellt, die danach in den Parlamenten für uns tätig sind und unser Bild nach außen prägen. Deshalb ist dieses Wochenende so entscheidend für die Freien Demokraten. **Wir haben ein Team von starken Persönlichkeiten, die über die nächsten Monate und Jahre auch noch immer mehr in den Vordergrund treten werden.** Der Landesvorstand hat am gestrigen Abend einen Vorschlag beraten für die Liste, der neue und erfahrene Köpfe verbindet. Und alle, die gestern gewählt worden sind, haben in den vergangenen Jahren intensiv am Neuaufbau der FDP mitgewirkt und haben nicht von der Seitenlinie zugeschaut. An der Spitze Joachim Stamp und Angela Freimuth auf dem Vorschlag des Landesvorstands für die Landtagswahl. Und Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Alexander Graf Lambsdorff für den Bundestag. Was mich aber besonders freut, ist, dass **die FDP eben nicht ein Projekt von diesen einigen wenigen ist oder gar nur von einem, sondern dass wir ganz breit getragen sind, dass ganz viele sich wieder für die Freien Demokraten engagieren.** Wir haben diesmal zum ersten Mal allen unseren Kandidatinnen und Kandidaten die Möglichkeit gegeben, sich auch der Landeswahlversammlung vorzustellen – auf Ihren Tischen finden Sie diese Vorstellungen. Wenn man da durchblättert, die sind ganz unterschiedlich, ganz unterschiedliche Persönlichkeiten, ganz unterschiedliches Temperament, ganz unterschiedliches Talent in der Grafik.

Aber es ist ja gerade eben diese Vielfalt, die uns stark macht. Ich bin stolz darauf, dass die FDP keine Veranstaltung von wenigen oder einem ist, sondern dass wir eine starke Freie Demokratische Partei sind, die sich mit ihren Persönlichkeiten hinter keinem Wettbewerber verstecken muss, liebe Freundinnen und Freunde.

Hinter den Entscheidungen dieses Wochenendes steckt die Frage: Wer wollen wir sein und wie wollen wir gesehen werden? Welche Lehren haben wir aus unserer historischen Niederlage gezogen, welche Fehler haben wir in der Vergangenheit gemacht? Natürlich haben wir im Regierungshandeln nicht immer alle überzeugt. Liebe Freunde, ich glaube aber, dass es der FDP auf der Ebene des Bundes vor allen Dingen an einem inneren Zusammenhalt gefehlt hat – das war das Kernproblem der FDP. Und mit innerem Zusammenhalt meine ich nicht Stromlinienförmigkeit oder dass jeder in der gleichen Frage der gleichen Meinung sein sollte, sondern ganz im Gegenteil – ich meine eine Haltung, wie sie zum Beispiel unser Freund Burkhard Hirsch verkörpert, mit dem wir hart gestritten haben, zum Beispiel auch in der Eurofrage. Und von dem ich auch nahezu jede Woche eine Depesche bekomme – meistens stilecht per Fax wegen der Dringlichkeit übermittelt. Aber trotz all dieser Differenzen in der Sache, eine Persönlichkeit wie Burkhard Hirsch war und ist immer zur Stelle, wenn seine Partei ihn braucht, wie beispielsweise bei der Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung. Und niemals hat er versucht, aus einer abweichenden Meinung persönliches politisches Kapital zu schlagen – das zeigt Charakter, liebe Freunde.

Es ist kein Geheimnis, ich bewerbe mich darum, euch in die Landtags- und Bundestagswahl zu führen. Und ebenfalls ist klar – das ist die Geschäftsgrundlage –, ich möchte meine Arbeit auf Dauer im Deutschen Bundestag fortsetzen. Die Grünen machen deshalb wegen dieser Doppelkandidatur ordentlich Kampagne gegen mich. In nahezu jedem Interview und jedem Tweet taucht das auf. Gut so, dass sich die Grünen mit den wirklich wichtigen Fragen beschäftigen. So wird ja deutlich, dass **für uns die Landtags- und Bundestagswahl auf's Engste miteinander verbunden sind**. Denn wir wollen ein starkes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen und damit zugleich ein deutliches Signal für einen politischen Wechsel in der ganzen Republik. Wir wollen das Zeichen setzen, mit den Freien Demokraten ist zu rechnen.

Mögen also die Grünen unsere Botschaft ins Land tragen, **bei der Landtagswahl zählt jede Stimme für die FDP eben doppelt**. Es geht im Mai aber nicht um mich, es geht nicht einmal um die FDP – keine Partei ist ein Selbstzweck. **Es geht um die Grundrichtung, die unser Land einschlagen will. Und von dieser Wahl wird dann natürlich auch die Stimmung in ganz Deutschland geprägt werden**. Die einen machen Stimmung, um in Parlamente zu kommen – sie schüren Angst, die nähren sich geradezu an Verunsicherung und haben kein Interesse daran, Krisen zu lösen. Die haben auch kein Interesse daran, sich von bestimmten abstrusen Ideen zu lösen – selbst vom Judenhass haben sie Probleme, sich zu lösen, denn sie denken, selbst von da bekommen sie vielleicht noch Unterstützung für ihre Listen. Und dann gibt es andere, die wissen nichts Besseres als diese Parolen auch noch zu übernehmen und nicht auf die klare Abgrenzung zu setzen, sondern Rechtspopulisten auch noch Energie zuzuführen, indem man sie auch noch mehr oder weniger bestätigt. Da beschließt beispielsweise die CSU ein Grundsatzprogramm, in dem sie von einer christlich-jüdischen Leitkultur spricht. Unser Grundgesetz, liebe Freundinnen und Freunde, ist aber nicht getauft. Das, was die CSU probiert, religiöse Kategorien wieder in die Politik einzuführen, ist ein zivilisatorischer Rückschritt – sogar hinter Friedrich den Großen.

Wenn man jetzt aus Angst vor jener Partei selber die Grundwerte einer liberalen Gesellschaft infrage stellt, dann wird man dadurch nicht stärker, sondern schwächer. Ein Rückschritt hinter die Worte von Friedrich den Großen – jeder soll nach seiner Façon selig werden – ist mit den Freien Demokraten nicht zu machen. **Vieles in unserem Land muss sich ändern, aber eines darf sich nicht ändern und das ist die Liberalität dieser Gesellschaft, liebe Freundinnen und Freunde. Und da hat Nordrhein-Westfalen eine Wahl.**